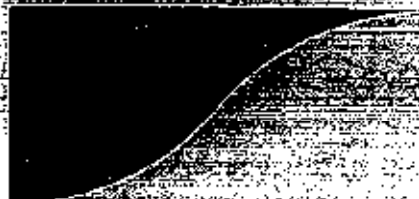


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 66 848-48 ppbn d



## Inhalt

Rainer Offergeld MdB,  
Bundesminister für wirt-  
schaftliche Zusammenarbeit,  
fordert die Industrielän-  
der zu weiteren An-  
strengungen in der Ent-  
wicklungshilfe auf.

Seite 1 - 3

Klaus Matthiesen MdL,  
Spitzenkandidat der  
schleswig-holsteini-  
schen SPD, blickt mit  
Optimismus auf die Land-  
tagswahl am 29. April.

Seite 4/5

Dr. Martin Schmidt (Geller-  
sen) MdB, Vorsitzender des  
Bundestagsausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft  
und Forsten, weist die  
agrarpolitischen Forde-  
rungen Frankreichs im Zu-  
sammenhang mit dem Europäi-  
schen Währungs-System (EWS)  
zurück.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Gödesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 4 / 5. Januar 1979

Kein Grund zur Resignation

Auch wenn Entwicklungshilfe noch lange nicht am Ziel ist.

Von Rainer Offergeld MdB  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im Sommer 1978 hat die Weltbank erstmals einen "Weiterent-  
wicklungsbericht" vorgelegt. In nüchternen Zahlen hat er  
der Öffentlichkeit ins Bewußtsein gerufen, daß immer noch  
800 Millionen Menschen, das sind 40 Prozent der Bevölkerung  
der Dritten Welt, in unvorstellbarer Armut leben. Die Mehr-  
zahl von ihnen wohnt in den Ländern Südasiens und südlich  
der Sahara. Alle Anstrengungen der Entwicklungsländer, die  
durchschnittlich 85 Prozent ihrer Investitionen selbst  
finanzieren, auch jährlich rund 30 Milliarden Mark Entwick-  
lungshilfe der Industrieländer konnten nicht verhindern, daß  
in vielen Gegenden die Nahrungsmittelproduktion mit dem Be-  
völkerungswachstum nicht schritthalten konnte. Dennoch  
sehe ich keinen Grund zur Resignation.

Es gibt auch beachtliche Erfolge: eine Reihe von Entwick-  
lungsländern stehen an der Schwelle zum Industriestaat. In  
Nordafrika, im Nahen Osten und in Ostasien nahm das Pro-  
Kopf-Einkommen in den vergangenen vier Jahren um jährlich  
fünf Prozent zu, die Industrieproduktion stieg jährlich um  
12 Prozent. Viele Länder finanzieren ihre Entwicklung be-  
reits über die internationalen Kapitalmärkte. So flossen  
über den Euro-Dollarmarkt zwischen 1973 und 1977 etwa 10  
Milliarden US-Dollar nach Brasilien, fast ebensoviel nach  
Mexiko. Die "Konferenz über Technische Zusammenarbeit zwi-  
schen Entwicklungsländern (TCDC)" im August 1976 in Argen-  
tinien hat gezeigt, daß die Länder der Dritten Welt ihre  
eigene Kraft im Bereich des Technologieaustausches und des  
gegenseitigen Handels zu entdecken beginnen. Die Bundesre-  
gierung unterstützt diese Bemühungen der regionalen Koopera-  
tion und zur Erschließung großer Binnenmärkte. Industriali-  
sierung und Wachstum der Entwicklungsländer werden auf diese  
Weise erleichtert. Nicht alle Fertigwarenprodukte drängen  
auf die Märkte der Industrieländer, was dort den notwendi-  
gen Strukturwandel erleichtern kann.

Wechselseitige Abhängigkeit

Auf dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel haben die wichtigsten westlichen Industrieländer noch einmal die wachsende Interdependenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern unterstrichen. Eine funktionierende Weltwirtschaft liegt in gemeinsamer Verantwortung und in aller Interesse. Drei Prozent Wachstum in den Entwicklungsländern induziert gemäß einer amerikanischen Studie ein Prozent Wachstum in den Industrieländern. In den Entwicklungsländern ist ein riesiger Bedarf an Gütern und Dienstleistungen zu befriedigen.

Devisen verdienen die Entwicklungsländer u.a. im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik importierte 1977 für 56,6 Milliarden Mark aus diesen Ländern. Mehr als die Hälfte des Betrages wurde für Rohstoffe ausgegeben, ohne die die deutsche Industrie nicht existieren könnte. Der Export in die Entwicklungsländer betrug 1977 62,7 Milliarden Mark. Mehr als eine Million Arbeitskräfte wurden dadurch beschäftigt. Über 40.000 davon, so ergab eine Studie im Auftrag des BMZ, produzieren allein für Aufträge, die aus Projekten der deutschen bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe stammen. Im Etat des BMZ wurde den Zusammenhängen zwischen Beschäftigungs- und Entwicklungspolitik, die der Bundestag Anfang kommenden Jahres in einem Hearing weiter klären wird, bereits Rechnung getragen. Seit 1978 gibt es einen besonderen Haushalts-titel, aus dem solche Entwicklungsvorhaben gefördert werden, die bei uns gleichzeitig struktur-, beschäftigungs- und konjunkturpolitisch wirksam sind. 1978 standen hierfür 400 Millionen Mark zur Verfügung, die beispielsweise auch zur Lieferung von Schiffen, Lokomotiven und Waggonen verwendet wurden. 1979 werden es 662 Millionen Mark sein.

"Maßgeschneiderte" Entwicklungsprogramme

Die Länder der Dritten Welt entwickeln sich unterschiedlich schnell. Je nach wirtschaftlicher und sozialer Leistungskraft müssen auch unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit gefunden werden. Die Bundesregierung vergibt daher seit 1976 Entwicklungskredite nach einem abgestuften Konditionen-System. Im abgelaufenen Jahr gab es weitere Schritte mit dem Ziel, "maßgeschneiderte" Entwicklungsprogramme anzubieten:

- Die Bundesregierung beschloß, der Gruppe der ärmsten Länder die Schulden aus früher gewährten Entwicklungskrediten auf Antrag und nach Prüfung jedes einzelnen Falles zu erlassen. Diese Länder erhalten rund ein Viertel der bilateralen deutschen Hilfe. Entsprechend der im Frühjahr getroffenen Entscheidung werden für Entwicklungsvorhaben der ärmsten Länder nur noch nichtrückzahlbare Zuschüsse bereitgestellt. Damit hat die Bundesrepublik zusammen mit anderen Industrieländern auch einen wichtigen Beitrag zur konstruktiven Fortsetzung des Nord-Süd-Dialogs geleistet.
- In der bilateralen Zusammenarbeit wurden besonders die Beziehungen zu den afrikanischen Staaten gefördert, die vor großen Entwicklungsproblemen stehen. Die Zusagen für Projekte in den Konfliktstaaten des südlichen Afrika wurden weiter erhöht. Mit 173 Millionen Mark haben sie sich innerhalb von vier Jahren verfünffacht. Außerdem wurde ein umfangreiches Ausbildungsprogramm für Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika begonnen.
- Um den Beitrag der Bundesrepublik beim Kampf gegen die absolute Armut zu verstärken, wurden 1978 Leitlinien und Anwendungsmöglichkeiten des Konzepts zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen in Entwicklungsländern formuliert.
- Bei der Zusammenarbeit mit weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern, den sogenannten "Schwellenländern", verfolgt die Bundesregierung das Ziel, die Integration dieser zunehmend wichtigen Partner in die Weltwirtschaft zu unterstützen.

Hilfeziel noch nicht erreicht

Auch 1978 wird die Bundesrepublik dem von den Vereinten Nationen gesetzten Ziel, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungshilfe aufzuwenden, nicht wesentlich näherkommen. Zwar standen dem BMZ 24 Prozent mehr Haushaltsmittel zur Verfügung als 1977. Rund 600 Millionen Mark konnten aber nicht ausgegeben werden, größtenteils in Bereichen, in denen die Bundesregierung den Mittelabfluß kaum beeinflussen kann. So wurden von den Entwicklungsländern selbst, von der Europäischen Gemeinschaft und von ande-

ren multilateralen Entwicklungsprogrammen weniger Mittel als geplant abgerufen. Dies hängt zum Teil mit Verzögerungen bei der Durchführung zugesagter Projekte zusammen - ein Problem, vor dem alle Entwicklungshilfegeber zunehmend stehen.

Auszahlungen, die stets entsprechend dem Projektfortschritt vorgenommen werden, verzögern sich aus den unterschiedlichsten Gründen:

- Viele Empfängerländer müssen wegen wirtschaftlicher Engpässe ihre Investitionsprogramme strecken.
- Mit dem wachsenden Anteil der ärmeren Länder unter den Empfängern nimmt auch die Zahl der wenig leistungsfähigen Trägerinstitutionen für Entwicklungsprojekte zu.
- Für Projekte, die auf die Befriedigung von Grundbedürfnissen abzielen, fehlen häufig noch erfahrene Partner.

Das BMZ bemüht sich durch mehrere Maßnahmen, diese Engpässe zu überwinden. In enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern werden möglichst durchführungsreife Projekte festgelegt, die Produktprüfung wird durch effektivere Verfahren beschleunigt, eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungshilfe und verbesserte Planungstechniken im BMZ sorgen für eine reibungslose Abwicklung der Vorhaben. Vor allem werden den Entwicklungsländern zusätzliche Mittel und Experten für Studien und Planung zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs hat die Bundesregierung mehrfach vor Beschlüssen gewarnt, die den freien Welthandel einschränken und - beispielsweise im Rohstoffbereich - vielen Entwicklungsländern keine, dafür aber einigen Industrieländern erhebliche Vorteile bringen. Es bleibt aber notwendig, die Chancen der Entwicklungsländer in der immer noch einseitig strukturierten Weltwirtschaft zu verbessern, das Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd zu verringern. Deshalb wird die Bundesregierung, auch um ihre Haltung zu Welthandelsfragen glaubhaft vertreten zu können, ihre Entwicklungshilfe weiter steigern. Entscheidend kommt es dabei darauf an, den Rahmen der jährlich einzugehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen weiter kontinuierlich zu erweitern. Denn nur diese "Verpflichtungs-ermächtigungen" ermöglichen es, Entwicklungsvorhaben in Angriff zu nehmen, für die dann die Barmittel des Haushalts in den folgenden Jahren eingesetzt werden können.

#### Ausblick auf 1979

Soweit sich jetzt absehen läßt, werden die Entwicklungsländer bei der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD V) im Mai 1979 in Manila ihre Forderungen nach einem erhöhten Ressourcentransfer verstärken. Zum einen weil die Industrieländer in diesem Bereich noch weiter hinter den international vereinbarten Zielen zurückgeblieben sind. Die westlichen Industriestaaten haben 1977 im Durchschnitt nur 0,31 Prozent ihres Bruttosozialprodukts, die Bundesrepublik 0,27 Prozent geleistet. Ganz im Gegensatz etwa zu den OPEC-Staaten die mittlerweile fast zwei Prozent ihres Bruttosozialproduktes als Entwicklungshilfe geben. Zum anderen hat die Dritte Welt offenbar erkannt, daß dieser Weg besser als manches rein theoretische Modell zur Ordnung der Weltwirtschaft dazu geeignet ist, die Situation der besonders benachteiligten Länder zu verbessern. Sicher wird dabei auch die Frage zu stellen sein, warum der Ostblock im Durchschnitt nur 0,04 Prozent seines Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe aufwendet.

Eine Reihe anderer Fragen, wie der Aufbau einer technologischen Infrastruktur und die regionale Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern wird ebenfalls bei UNCTAD V und anderen internationalen Konferenzen beraten. 1979 geht es aber auch um die Schwerpunkte der internationalen Entwicklungsstrategie bis zum Jahre 2000. Einen wesentlichen Beitrag hierzu wird im Herbst 1979 der Bericht der unter Vorsitz von Willy Brandt arbeitenden Nord-Süd-Kommission leisten. Ich hoffe, daß dadurch der enge Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder der Dritten Welt und unserer eigenen Situation noch stärker ins Bewußtsein gerückt wird. Die Bundesregierung sieht in der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd einen wesentlichen Bestandteil der Friedenspolitik. Nur wenn diese Politik zu Erfolgen führt, werden die materiellen und politischen Kräfte freigesetzt, die wir weltweit für die Gestaltung unserer Zukunft brauchen. (-/5.1.1979/hi/hgs)

## Der Optimismus hat Gründe

---

Von Klaus Matthiesen MdL  
Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein

Alle Welt weiß, daß die Chancen der SPD in Schleswig-Holstein bei der Landtagswahl am 29. April 1979 besser sind denn je. Die Ausgangspositionen sind wesentlich besser als im Jahre 1975. Dementsprechend geht die schleswig-holsteinische SPD mit Entschlossenheit und Optimismus in die Wahlkampfauseinandersetzungen, die uns das kommende Frühjahr bescheren werden.

Der Optimismus kommt nicht von ungefähr. Er hat Gründe. Anders als 1974 haben die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten bei der Kommunalwahl des zu Ende gehenden Jahres deutlich aufgeholt. Der Zugewinn von knapp fünf Prozent hat die Partei an der Basis stabilisiert. Bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern im Herbst zeigte sich, daß dieser Trend nicht zufällig war. Sodann hat die schleswig-holsteinische Partei in intensivem Gespräch mit Bürgern, Verbänden und Institutionen im Laufe des vergangenen Jahres ein Landtagswahlprogramm erarbeitet, das sich durch Augenmaß und klare politische Zielsetzung auszeichnet. Es bietet eine gute Grundlage für eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung in Kiel.

Ein zweiter wichtiger Grund für den Optimismus der SPD heißt CDU. Die Partei von Gerhard Stoltenberg herrscht im nördlichsten Bundesland seit fast drei Jahrzehnten. Sie ist heute abgenutzt und ausgelaugt. Zu den wichtigsten landespolitischen Problemen fällt dieser Partei immer weniger ein. Nur durch rigorosen Mißbrauch ihrer knappen Einstimmen-Mehrheit den sogar das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung vom Herbst dieses Jahres gerügt hat, konnte die CDU verhindern, daß der schwarze Filz in Schleswig-Holstein in mehr Untersuchungsausschüssen als in jeder anderen Legislaturperiode zuvor lückenlos aufgedeckt wurde.

Hinzu kommt, daß der Chef der Einmann-Partei CDU, Gerhard Stoltenberg, so neu nicht mehr ist. Sein technokratischer Regierungsstil und der anmaßende Gebrauch seiner Staatsmacht stoßen bei immer mehr Bürgern auf Widerstand. Brokdorf und NDR sind dafür Stichworte. In beiden Fällen hat Stoltenberg unübersehbar demonstriert, daß er nicht mit den Bürgern sondern über die Bürger regieren will. Dazu gehört auch die Handhabung des sogenannten Extremistenbeschlusses in Schleswig-Holstein. Dies alles und vieles mehr hat dazu geführt, daß das politische Meinungsklima in diesem Land durch Mißtrauen und Gesinnungsschnüffelei geprägt ist.

In Schleswig-Holstein geht es bei der kommenden Landtagswahl folglich auch um die Wiederherstellung einer lebendigen demokratischen und liberalen Gesellschaft. Gerade deshalb sind wir schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten froh und erleichtert, daß sich die gesamte SPD in der Frage des Zugangs zum öffentlichen Dienst auf eine Regelung geeinigt hat, für die wir uns seit nunmehr sieben Jahren eingesetzt haben.

Die Werftkrise macht allen klar, daß es auch darum geht, die wirtschaftliche Struktur-  
schwäche des Landes endlich wirksam zu beseitigen und nicht nur immer darüber zu spew-

chen, das Handeln aber Bonn zu überlassen, zusammen mit Bonn muß eine Lösung gefunden werden, und nicht über eine Blockadepolitik im Bundesrat, wo Stoltenberg mehr als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender denn als Ministerpräsident agiert. Deshalb sind wir dabei zusammen mit der Bundespartei die vorbereitenden Arbeiten für ein "Zukunftsprogramm Küste" abzuschließen, das nicht nur aktuell die Wertprobleme, sondern langfristig die Strukturprobleme des Landes und der norddeutschen Region praktisch bewältigen soll.

Die schleswig-holsteinische SPD ist optimistisch auch vor allem deshalb, weil das sozialliberale Wählerpotential in diesem Land sehr hoch ist. Bei der letzten Bundestagswahl wählten mehr Schleswig-Holsteiner SPD und FDP als die Hessen bei der Landtagswahl vom vergangenen Oktober. Es wird also darauf ankommen, diesen Wählern unsere sachliche und personelle Alternative darzustellen.

Die schleswig-holsteinische CDU wird bei der kommenden Wahlauseinandersetzung vor allem auf Gerhard Stoltenberg setzen, denn von ihm und seinem Apparat hängt in diesem Land alles ab und neben ihm gibt es keinen. Die SPD setzt dagegen ihre rund 40.000 Mitglieder - und der Spitzenkandidat ist einer von ihnen. Wenn wir in den kommenden Monaten im personellen wie im politischen die Geschlossenheit und Solidarität zeigen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, bin ich sicher: Dann wird am 29. April nach fast drei Jahrzehnten CDU die SPD die stärkste politische Kraft in Schleswig-Holstein.

(-/5.1.1979/vo-he/hgs)

### Frankreich ist für Europa am Zuge

---

Von Dr. Martin Schmidt (Gellersen) MdB  
Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten im Deutschen Bundestag

Es ist schon ein fast unglaubliches Schauspiel, wie aus einem gewagten französischen Hasardspiel mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) ein scheinbar handfester Konflikt zwischen der Bundesrepublik und Frankreich zu werden droht. Der Sachverhalt ist in jüngster Zeit hinreichend dargestellt worden, so daß hier nur einige Hinweise erforderlich sind. Unter Berufung auf die völlig einseitig interpretierten Beschlüsse des Europäischen Rates vom 5.12.1978 stellt die französische Regierung ein Junktim zwischen dem Inkrafttreten des EWS und verbindlichen Beschlüssen des EG-Ministerrates über folgende Forderungen her:

- den schrittweisen Abbau bestehender Agrarwährungsausgleichsbeträge sowie
- die Beseitigung künftiger neuer Agrar-Währungsausgleichsbeträge innerhalb von 12 Monaten.

Zur Begründung verweist Frankreich insbesondere auf die Entwicklung des Warenaustauschs mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zuungunsten Frankreichs und zugunsten der Bundesrepublik - eine Entwicklung, die auf die protektionistische Wirkung des deutschen Währungsausgleiches (z.Zt. etwa 11 Prozent) zurückzuführen sei.

Schon an dieser Stelle muß man auf die Schwächen der französischen Argumentation aufmerksam machen. Zunächst hat der Europäische Rat ausdrücklich kein Junktim zwischen dem EWS und dem Abbau von Währungsausgleichsbeträgen hergestellt. Er hat in seiner Entscheidung vielmehr eindeutig gesagt, daß "die Einführung des EWS als solches nicht zu Änderungen der vor dem 1. Januar 1979 bestehenden Situation führen muß, bei der Agrarpreise Währungsausgleichsbeträge und alle anderen für die Zwecke der gemeinsamen Agrarpolitik festgesetzten Beträge in Landeswährung ausgedrückt sind". Und, was die Entwicklung des bilateralen Austausches mit Agrargütern anbelangt, so sprechen einige Vermutungen dafür, daß diese Verschiebungen zuungunsten Frankreichs nicht nur allein ursächlich mit der Erhebung von Währungsausgleichsbeträgen sondern unter anderem auch mit einem zu schnellen Abbau vor allem in Frankreich erklärt werden kann. Denn der Abbau dieser Ausgleichsbeträge im Abwertungsland Frankreich - allein in 1978 um mehr als sieben Prozentpunkte - ist dort gleichbedeutend mit einer entsprechenden Erhöhung des inländischen Preisniveaus für Nahrungsmittel, wogegen die Wirkung im Aufwertungsland Bundesrepublik umgekehrt ist, d.h. das inländische Preisniveau sinkt. Diese unterschiedlichen Wirkungsweisen führen zumindest tendenziell dazu, daß der inländische Markt für die französischen Bauern an Attraktivität gewinnt, die Auslandsmärkte dagegen verlieren. Es bleibt das Geheimnis der französischen Kritiker des Währungsausgleiches, angesichts dieses Tatbestandes von einer Bevorteilung der deutschen Landwirtschaft zu sprechen. Und noch mehr bleibt es ein Geheimnis, wie bei einem Abbau sämtlicher Ausgleichsbeträge ausgerechnet Frankreich mit Agrarpreisen die im Niveau dann mehr als 15 Prozent über dem deutschen liegen, Marktanteile im Ausland gewinnen will.

Untersucht man die eingangs genannten agrarpolitischen Forderungen Frankreichs näher, so wird man überdies zu dem Schluß gelangen, daß sie kein spezielles Problem für Deutschland, sondern ein Problem für die EG-Agrarpolitik generell bedeuten. Gegen den schrittweisen Abbau der bestehenden Währungsausgleichsbeträge gibt es so lange nichts einzuwenden, als dieser Prozeß wie in der Vergangenheit pragmatisch d.h. in Verbindung mit den jährlichen Agrarpreisbeschlüssen erfolgt. Wenn die Franzosen dagegen weiter gehen

Und darüberhinaus einen von vorneherein festgelegten autonomen Abbau-Mechanismus verlangen, so werden sie u.a. auf den Widerstand der Briten stoßen, die zurecht gar nicht daran denken, solche - in ihrem Falle inflatorische - Selbstbindungen einzugehen. Und ebensowenig könnte ein deutscher Vertreter im EC-Ministerrat einen Freibrief für beliebige Agrarpreissenkungen in der Bundesrepublik ausstellen.

Noch deutlicher wird die allgemeine agrarpolitische Problematik an dem zweiten französischen Wunsch, künftige Ausgleichsbeträge innerhalb von 12 Monaten wieder zu beseitigen. Problematisch erstens deshalb, weil die Entscheidung darüber, welchem Mitgliedsland Ausgleichsbeträge zuwachsen, bei den Finanzministern, jedenfalls nicht im Agrarministerrat liegt. Problematisch zweitens, weil damit die Finanzminister darüber entscheiden, ob im Falle einer Aufwertung im EWS ein bestimmtes Mitgliedsland seine Agrarpreise senken bzw. im Falle einer Abwertung seine Preise erhöhen muß. Es bleibt daher sehr abzuwarten, ob sich im Agrarministerrat eine Mehrheit für einen Schritt findet, der auf eine Entmündigung der Landwirtschaftsminister hinausläuft.

In diesem Zusammenhang muß schließlich auch noch die Frage gestellt werden, ob die Finanz- und Währungspolitiker gut beraten sind, eine derartige Verantwortung auf sich zu laden. Ein deutscher Finanzminister jedenfalls müßte zumindest sehr gehemmt sein, einer vielleicht wünschenswerten Aufwertung der DM innerhalb des EWS zuzustimmen, wenn er sich dafür das Risiko von nationalen Maßnahmen zum Ausgleich von landwirtschaftlichen Einkommensverlusten einhandelt. Und das gilt auch für alle übrigen Finanzminister, die sich eine ähnliche Lage ausmalen können, sollten ihre Währungen einmal nach oben angepaßt werden müssen.

Alles in allem soll mit diesen Ausführungen nichts anderes zum Ausdruck gebracht werden, als daß es sich nicht um einen deutsch-französischen - wie es in einigen Kommentaren zum Ausdruck kam - sondern um einen französisch-europäischen Konflikt handelt, der auf dem Felde der EG-Agrarpolitik auszutragen ist. Und dieser Konflikt hat seinen ausschließlichen Ursprung in der Innenpolitik Frankreichs. Das jeden Europäer bestürzende Wort des Gaullistenführers Chirac von der Unterwerfung Frankreichs unter das Joch der deutschen Mark, vom Verkauf Frankreichs an die Interessen der Bundesrepublik - was ebenso falsch wie böse ist -, hat seine Wirkung auf die französische Regierung und Öffentlichkeit leider nicht verfehlt. Dies ist schon schlimm genug. Schlimmer noch aber wäre es, wenn sich die deutsche Seite auf dieses Spiel einlassen und Frankreich von vorneherein und ohne jeden Grund einseitige nationale "Kompensationen" anbieten würde. Solche Zugeständnisse hätten einmal verheerende Auswirkungen auf die Agrarpolitik innerhalb der Bundesrepublik selbst und sie wären zweitens nichts wert.

Verhandlungspartner Frankreichs ist in dieser Situation nicht die Bundesregierung, sondern der EC-Ministerrat. Frankreich muß seine agrarpolitischen Vorstellungen in Brüssel durchsetzen. Die bisherigen Vorschläge haben keine Chance angenommen zu werden. Es wäre vernünftig, die französische Regierung würde bereits über einen geordneten Rückzug nachdenken. Eine andere Alternative gibt es nicht.

Nach dem 15./16. Januar 1979 - dem Termin der nächsten Sitzung des EC-Agrarministerrates - werden wir in dieser Frage klarer sehen. (-:5.1.1979/hj/hqs)

+ + +